

HAZ 10.06.2006

Sorge um Ruf von Limmer

Wasserstadt-Unternehmer
soll „an die kurze Leine“

VON GUNNAR MENKENS

Der jüngste Konflikt um schadstoffbelastetes Material auf dem Gelände der Wasserstadt Limmer soll für Bauunternehmer Günter Papenburg Konsequenzen haben. SPD und Grüne dringen auf schärfere Kontrollen und Sanktionen, sollte Papenburg erneut gegen Vereinbarungen mit Stadt und Region verstoßen. Wie berichtet, hatte er auf dem für 500 Atriumhäuser vorgesehenen Gelände große Mengen Bauabfälle platt gewalzt und mit Sand vermischt, ohne die Behörden zu informieren. Diese Art der Beseitigung war nicht vereinbart, anschließend lag die Bodenbelastung über festgeschriebenen Grenzwerten.

In der Koalition sorgt man sich mittlerweile um den Ruf der Wasserstadt Limmer als Wohngebiet. Das Areal ist ohnehin schwierig, denn zahlreiche mit Giftstoffen belastete Häuser müssen abgerissen und das Material entsorgt werden. „Wir müssen Papenburg an die kurze Leine legen“, erklärte Grünen-Ratschherr Michael Dette und forderte „hohe Geldstrafen“, wenn er noch einmal gegen Auflagen verstoßen sollte. Koalitionskollege Manfred Müller (SPD) sagte, wenn das Unternehmen wiederholt auffällig werde, müsse die Stadt den Boden kontrollieren und dessen Sanierung zur Not übernehmen. Denkbar sei, dass Papenburg eine Bürgschaft hinterlege.

Die alte Vereinbarung zwischen Papenburg, Stadt und Region sieht vor, dass der Grund der Wasserstadt Grenzwerte der Bodenschutzverordnung noch um die Hälfte unterschreiten muss. Als sie nach Papenburgs Aktion sogar überschritten waren, stellten Behörden und Politik fest, dass man keine Sanktionen festgeschrieben hatte. Die Ratskoalition will die Behörden deshalb in den nächsten Wochen auffordern, Strafen festzulegen. Region und Stadt bereiten derzeit einen neuen Vertrag vor, Papenburg hatte sich bereits mit Kontrollen einverstanden erklärt. Die Grünen baten gestern Bürger in der Umgebung der Wasserstadt, ihnen „auffällige Beobachtungen“ (Dette) mitzuteilen.